

schon seit längerem müssen Spitäler, Spitex und Heime ihren Bedarf an Fachkräften mit ausländischem Personal decken. Dieses System stösst an seine Grenzen. Deshalb entschied sich der SBK für den politischen Weg und fand mit SVP-Nationalrat Rudolf Joder einen Verbündeten. Doch dessen parlamentarische Initiative stiess auf politischen Widerstand, der Nationalrat beschloss, nicht darauf einzutreten. Der SBK wollte seine Anliegen nicht ruhen lassen und lancierte die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» – mit Erfolg: In nur acht Monaten wurden über 120'000 Unterschriften gesammelt.

Hausärztliches Erfolgsrezept kopiert

Bei diesem polittaktischen Manöver diente die erfolgreiche Kampagne der Hausärzte als Vorbild: Im Mai 2014 hatte sich das Stimmvolk mit fast 90 Prozent für eine Aufwertung des Hausarztberufs ausgesprochen. Einen ähnlichen Ausgang erhofft sich der SBK. Auch seine Initiative verlangt von der Politik eine Besserstellung; mit höheren Löhnen während der Ausbildung und besserer Abgeltung der Leistungen. Dazu zählt auch, dass das Pflegepersonal künftig gewisse Leistungen direkt mit den Krankenversicherern abrechnen kann.

Bundesrat lehnt Initiative ab

Die Initiative hat sich als wirksames Druckmittel erwiesen: Parlament, Bundesrat, Kantone, Spitäler, Heime, Krankenversicherer, aber auch die Ärzteschaft setzen sich mit den Anliegen der Initianten auseinander. Eine Stärkung der Pflege wird grundsätzlich gutgeheissen. Doch einige Forderungen stossen auf Widerstand – allen voran die direkte Abrechnung der pflegerischen Leistungen mit den Krankenversicherern. Die Versicherer warnen vor einer Mengenausweitung und damit vor Mehrkosten und höheren Prämien. Und der Bundesrat sieht sein Ziel, die Gesundheitskosten zu dämpfen, gefährdet. Aus diesem Grund lehnt der Bundesrat die Initiative ab und will keinen verbindlichen Massnahmen zustimmen: So sollen Kantone nicht verpflichtet werden, angehende Pflegefachpersonen finanziell zu unterstützen.

Nationalrat greift Anliegen der Pflegenden auf

Anders der Nationalrat: Zwar lehnt auch er die Initiative ab, doch er spricht sich für den indirekten Gegenvorschlag aus, den seine Gesundheitskommission erarbeitet hat. Der Gegenvorschlag greift zentrale Punkte des Volksbegehrens auf. Er will mit einer Ausbildungs-offensive den Mangel an Pflegefachpersonen beseitigen und die Kompetenzen des Pflegepersonals erweitern. Dazu gehört auch die direkte Abrechnung gewisser Leistungen mit den Kassen. Und für die Dauer von acht Jahren sind Finanzhilfen vorgesehen, mit denen die Zahl der Abschlüsse erhöht werden soll.

Die Bedenken der Ärzteschaft

Angesichts des Fachkräftemangels im Gesundheitssektor spricht sich auch die Ärzteschaft grundsätzlich für eine Aufwertung des Pflegeberufs aus. Sie hat aber Bedenken, ob die von der SBK geforderten Massnahmen zielführend sind, da sie zu stark auf die Besserstellung der Diplompflege abzielen. Die Ärzteschaft befürchtet, dass sich die hoch qualifizierten Pflegenden vom Krankenbett verabschieden und sich leitenden Funktionen – auch ausserhalb der Spitäler und Heime – zuwenden.

Aktuell sind die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten nach einem Anordnungsmodell geregelt; die Pflegenden arbeiten unter Aufsicht des ärztlichen Personals. Die Initiative fordert eine Aufweichung dieses Modells. Werden diplomierte Pflegenden als eigenständige Leistungserbringer zugelassen, drohen Kompetenzgerangel und unklare Verantwortlichkeiten zwischen Ärzteschaft und Pflegepersonal. Darunter leiden Behandlungsqualität und Sicherheit der Patienten. Die Ärzteschaft bemängelt auch, dass der Initiativtext einen zentralen Punkt ausklammert: die Frage nach der Haftpflicht. Wenn Pflegenden eigenverantwortlich Patienten behandeln, müssen sie, so die ärztliche Forderung, bei Verfehlungen haftbar gemacht werden können.

Ungeeignetes Vorgehen

Kritik an der Volksinitiative äussern auch die Institutionen, bei denen Pflegefachpersonen vornehmlich angestellt sind. Zwar unterstützen die Verbände der Spitäler, der Spitex und der Pflegeheime grundsätzlich die Ziele des SBK. Sie halten das Vorgehen aber für ungeeignet und sprechen sich gegen eine Verankerung der Pflege in der Verfassung aus. Ihre Position deckt sich mit jener der Kantone: Einzelne Berufe sollen in der Verfassung keine rechtliche Sonderbehandlung erfahren.

Das Volksbegehren der Pflegenden wird nun im Ständerat beraten. Können die Initianten der kleinen Kammer weitere Zugeständnisse abringen, ist ein Rückzug der Initiative nicht unrealistisch. Doch ein fahler Beigeschmack bleibt. Die Politik hat es versäumt, die Rahmenbedingungen für Pflegenden – aber auch für Hausärzte – von sich aus zu verbessern. Es brauchte die Drohkulisse Volksinitiative, damit sich die Politik bewegte. Eine umsichtige Gesundheitspolitik sieht anders aus.

«Weniger ist mehr» oder wie wir die Nachhaltigkeit der medizinischen Versorgung verbessern können

Mehr als 30 % der Schweizer Bevölkerung verzichten heute aus wirtschaftlichen Gründen auf eine medizinische Behandlung. Andererseits steigen die Versicherungsprämien deutlich schneller als die Löhne. Alle diese Anzeichen deuten auf ein beunruhigendes Phänomen hin: Die finanzielle Belastung der Haushalte durch die Gesundheitskosten erreicht die Grenzen des Zumutbaren. Und es besteht dringender Handlungsbedarf, auch seitens der Ärzte.

Aber was tun? Von den vielen Möglichkeiten, auch zukünftig eine erstklassige medizinische Versorgung sicherzustellen, ohne dem Patienten zu schaden, ist die Initiative «Smarter Medicine» die gelungenste. Sie soll Möglichkeiten für eine medizinische Versorgung aufzeigen, bei der wir durch intelligenteres Handeln sparsamer mit Behandlungen und Untersuchungen umgehen. Weniger tun, um die Versorgung der Patienten zu optimieren: Das ist der Grundgedanke hinter diesem Ansatz, der nicht nur kostengünstiger ist, sondern von dem auch die Patienten profitieren.

Ziel der Initiative ist es, diejenigen etwa 20 % aller medizinischen Behandlungen auszumerzen, die mit Sicherheit überflüssig sind. Es gab eine Zeit, in der beispielsweise bei allen Patienten die gleichen Blutuntersuchungen durchgeführt wurden. Damit ist es nun vorbei. Sämtliche Untersuchungsaufträge und Behandlungen müssen künftig Teil einer individuellen medizinischen Versorgung und somit an die jeweilige Situation angepasst sein.

Smarter Medicine ist eine Methode, die sich durchsetzen wird, da sie dem Anspruch an Professionalität der Ärzte und der übrigen Gesundheitsdienstleister entspricht. Ausserdem ist auch mit einer hohen Akzeptanz bei den Patienten zu rechnen. Auch sie selbst profitieren von dieser Methode, die in unserem Land auch künftig ein hohes medizinisches Versorgungsniveau sicherstellen wird.

In Zusammenarbeit mit dem SMSR



Dr. Michel Matter
Vizepräsident der FMH,
Vorsitzender der Association des
médecins du Canton de Genève,
Mitglied des Nationalrats